

Klimakonferenz in Paris – Auf dem Weg in die Weltregierung?

Damals hatte Premier Abbott die ungewöhnliche Entscheidung getroffen, seine Außenministerin Julie Bishop nur gemeinsam mit einem weiteren Minister zur UN-Klimakonferenz von Lima reisen zu lassen, um deren „Umfallen“ zu verhindern. Dann wurde jedoch innerhalb Abbotts Liberaler Partei eine Gegenfraktion unter Malcolm Turnbull aktiv, deren Ziel es war, den eigenen Parteivorsitzenden und Premier noch vor der Pariser Klimakonferenz zu stürzen. Und so geschah es auch: Nach einigen vergeblichen Anläufen kam es 15. September 2015 zu einer fraktionsinternen Abstimmung, bei der der klimaskeptische Abbott mit 54 zu 44 Stimmen unterlag. Entscheidend dafür war die UN-Einflußnahme auf die Medien, was für niedrige Umfragewerte sorgte. Das wiederum löste bei einigen Abgeordneten Ängste vor vorzeitigen Neuwahlen aus, die sie ihren Sitz gekostet hätten. Damit war Abbott Geschichte und Australien folgte wieder der Parteilinie der Sozialistischen Internationale, die alle wichtigen Positionen bei den Vereinten Nationen besetzt hält.

Video nicht mehr verfügbar

Video der Rede von Lord Monckton in Brisbane in welchem er Sir David King zitiert

Ganz offensichtlich gehört der britische „Klimabotschafter“ zu den Eingeweihten, denn

am 19. Oktober traf auch der erste Teil seiner Ankündigung ein: Stephen Harper, der ausgesprochen klimaskeptische Premierminister Kanadas, wurde abgewählt. Mit Justin Trudeau, dem Sohn des früheren Premiers Pierre Trudeau, kam einer der Lieblinge des internationalen Klima-JetSets ins Amt, der vom ersten Tag seiner Kampagne an keinen Zweifel an seinem Klima-Alarmismus gelassen hatte. Damit steht er in der Tradition jenes kanadischen Pseudo-Liberalismus, der einst von seinem Vater, einem ehemaligen Maoisten, Ende der 60er Jahre begründet wurde. Es darf daran erinnert werden, daß es gerade kanadische Politiker wie Maurice Strong, David Suzuki oder Trudeau senior waren, die dabei mithalfen, die globalistische Öko-Agenda zu installieren. Auch bei dem neuen kanadischen Außenminister Stephane Dion handelt es sich um einen ehemaligen Umweltminister, der schon die UN-Klimakonferenz von 2005 in Montreal leitete und als fanatischer Klima-Aktivist gilt. Ihm zur Seite stellte Trudeau noch eine Ministerin „für Umwelt und Klimaschutz“. Diese Catherine McKenna stammt zum einen aus jener unübersehbaren Szene von UN-Fußsoldaten, die sich zunächst als unbezahlte Praktikanten bewähren müssen, bevor sie sich auf Schlüsselpositionen austoben dürfen. Zudem war die Juristin an einer UN-Friedensmission beteiligt und vertritt im übrigen genau jene globalistisch-ökologistische Gutmenschen-Agenda, mit der man heute sehr weit kommt. Sie bietet daher einen bemerkenswerten Kontrast zu ihrer konservativen Vorgängerin Leona Aglukkaq, eine Inuit, die in der subpolaren Landschaft des nördlichen Kanada aufwuchs und genau weiß, wie sich echte Naturnähe anfühlt oder wie man eine frisch erlegte Robbe ausnimmt.

Lord Monckton ist nicht der einzige, der glaubt, daß sich hinter dem vorgeblichen Schutz des Weltklimas ein weiterer verdeckter „Vorstoß zur Errichtung einer grün-sozialistischen Weltregierung“ verbirgt. Das sei besonders seit der UN-Klimakonferenz von Kopenhagen (2009) deutlich erkennbar, als ein erster Versuch am Widerstand Chinas scheiterte, dem sich die USA und andere anschlossen. Noch im Vertragsentwurf des UNFCCC für Kopenhagen vom 15. September 2009 hieß es, „der Plan für die neue institutionelle Struktur auf der Grundlage der Konvention basiert auf drei Hauptpfeilern: Regierung, Durchführungsmechanismus; und Finanzierungmechanismus“ (im Original: „The scheme for the new institutional arrangement under the Convention will be based on three basic pillars: government; facilitative mechanism; and financial mechanism“, UNFCCC-Entwurf, Annex 1, Paragraph 38).

Lord Monckton gebührt zudem das Verdienst, als erster noch auf eine andere Gefahr hingewiesen zu haben: „Es besteht die Gefahr, daß sich die Nationen der Welt an etwas binden, aus dem sich nicht mehr herauskommen, was fast alle schnell bitter bereuen würden.“ Denn während der Kioto-Vertrag eine Klausel enthielt, nach der jeder Staat frühestens drei Jahre nach seinem Inkrafttreten durch einfache Mitteilung aus ihm wieder austreten konnte, sei in Paris ein Vertragswerk geplant, in dem eine solche Austrittsklausel fehlt.

Was das UNFCCC (United Nations Framework Conference on Climate Change, die UN-Klimaorganisation) unter „facilitative mechanism“ und „financial mechanism“ versteht, hängt zwar ebenfalls davon ab, was am Ende in Paris beschlossen wird. Bisher sieht es aber so aus, als wären das ebenfalls nur Tarnbezeichnungen für die gerade entstehenden Institutionen und Organisation unter UN-Kontrolle, deren eigentliches Ziel die Zerstörung der privatwirtschaftlich organisierten wirtschaftlichen Basis der westlichen Industriestaaten ist. Wobei sie sich stets auf ihre überall amtierenden willigen Helfer verlassen können: Während „Klimaschutz-“ Maßnahmen von Staaten wie China oder Pakistan darauf hinauslaufen, durch Willenserklärungen das eigene Image zu polieren, planen Obama, Merkel und ihre Geschwister im Geiste unter Zuhilfenahme ihrer Umweltbehörden und des EU-Umweltkommissariates ganz klar die De-Industrialisierung, die euphemistisch als „Dekarbonisierung“ bezeichnet wird. Denn eine Industrieproduktion ohne Verarbeitungsprozesse mit CO₂-Freisetzung ist aus physikalischen Gründen nicht einmal denkbar. Bemüht werden daneben auch ideologisch aufgeladene Bezeichnungen wie „Krieg gegen den Kohlenstoff“ und „nachhaltige Wirtschaftspolitik“, die auf das gleiche hinauslaufen. Dazu ließ z. B. die deutsche Bundesregierung eine dubiose „Zukunftscharta“ unter Umgehung der gewählten Parlamente erarbeiten, in der diese und andere Ziele festgeschrieben wurden. Daß es tatsächlich gar nicht um Klima- oder Umwelt-„Schutz“ geht, beweist zudem das peinliche Geständnis amerikanischer wie europäischer Behörden, nach dem die Umsetzung der entsprechenden CO₂-Reduktionspläne nur 0,02 Grad weniger globale Erwärmung brächte – eine Größenordnung, die im statistischen Rauschen untergehen würde.

Für besonders schlau hält sich sicher auch der Umweltminister Indiens, Prakash Javadekar, der mehrmals erklärte, die Industriestaaten seien für die angebliche Klimakatastrophe „historisch verantwortlich“. Die im Klimavertrag

von Paris vorgesehenen 100 Milliarden (!) Dollar jährlich für Entwicklungsländer – er meinte damit auch die gar nicht so unterentwickelten BRIC-Staaten – reichten daher nicht aus. „Gerechtigkeit“ bedeute hingegen, daß die Industriestaaten den beschlossenen „Green Climate Fund“ zur Förderung des Klimaschutzes vollständig selbst finanzieren müßten. Allein für Indien forderte der Minister Zahlungen in Höhe von 2,5 Billionen Dollar jährlich für die angeblich wegen des Klimawandels erforderlich gewordenen Anpassungs- und Ausgleichsmaßnahmen. Außerdem wurden noch ein „fairer“ Zugang zu westlichen Technologien, Weiterbildungsmaßnahmen und Reparationszahlungen für Klimaschäden gefordert. Zur Erinnerung: Der gesamte deutsche Staatshaushalt beträgt nur etwa 1,3 Billionen Dollar.

Während es also für westliche Industriestaaten darauf hinausläuft, die Industrieproduktion zu drosseln und Milliardenzahlungen an korrupte und nicht demokratisch legitimierte Drittwelt-Regime zu leisten, denkt auf der anderen Seite des Verhandlungstisches absolut niemand an irgendwelche „Grenzen des Wachstums“. So baut China zwar Solarpaneele und Windturbinen in die Wüste Gobi, um sie dann westlichen Besuchern vorzuführen. Fast die gesamte chinesische Produktion von Solarpanelen ist bekanntlich für Länder wie Deutschland bestimmt. Was dort aber wirklich zählt, sind die 363 geplanten Kohlekraftwerke. Dieser Kraftwerkstyp liefert nach wie vor 75 Prozent des chinesischen Stroms. Indien wiederum hantiert mit dem Begriff „Emissionsintensität“: Ziel sei angeblich, den CO₂-Ausstoß im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum zu senken, aber keineswegs die Emissionen insgesamt, denn allein die Kohleproduktion soll bis 2020 verdoppelt werden. Das gleiche findet sich in Pakistan, Vietnam, auf den Philippinen, Japan und anderen asiatischen Staaten. Überall steht der Auf- und Ausbau konventioneller Kraftwerkstypen im Vordergrund. „Grüne“ Technologien finden sich bestenfalls in abgelegenen Regionen, die noch für längere Zeit nicht an die öffentlichen Netze angeschlossen werden können. Dazu paßt, daß es China, Rußland und Indien vor ein paar Monaten sogar ablehnten, eine von der Obama-Administration vorgelegte, nicht bindende Resolution zu unterzeichnen, in der zu besserer internationaler Zusammenarbeit gegen die hypothetische globale Erwärmung aufgerufen wurde.

Daß die Klimakatastrophe nur Vorwand für die politische und wirtschaftliche (Selbst-) Kastration des (halbwegs) freien Westens ist, dürfte schon wegen der schwindelerregenden Höhe der Zahlungen, die unter dem Regime des geplanten Pariser Klimaabkommens vom deutschen Steuerzahler geleistet werden müßten, jedem einleuchten. Doch ausgerechnet die nackten Zahlen der Wetteraufzeichnungen beweisen immer wieder, daß die angekündigte Katastrophe tatsächlich nur in den Computern und Köpfen der klimamodellierenden Besetzer entsprechend gewidmeter staatlicher Planstellen stattfindet. So steigt die durchschnittliche Globaltemperatur – eigentlich ein durch Meßmanipulationen zustande gekommenes Konstrukt ohne jede Bedeutung – seit mehr als 18 Jahren nicht mehr an.

Bezieht man noch sorgfältig ausgeblendete und herausgerechnete Faktoren mit ein, etwa die Zusatzerwärmung durch urbane Wärmeinseln, die Änderung der Meßergebnisse beim Wechsel zu elektronischen Meßmethoden, die Veränderungen auch bei Meßstationen im Freiland oder die selektive Auswahl der einbezogenen

Stationen, ergibt sich sogar ein (geringer) Abkühlungstrend, der so überhaupt nicht zu den Computermodellen gewisser Institute passen will. Auch der Anstieg des Meeresspiegels ist weiterhin kaum meßbar und verläuft extrem langsam. Die Anzahl der Stürme und anderer Extremwetterereignisse nahm in den letzten 15 Jahren ab. Unvergessen auch die im letzten antarktischen Sommer geretteten Klimaschützer, deren Schiff von Eismassen eingeschlossen worden war, die ihrer Meinung nach gar nicht existieren durften. Hintergrund sind Rekordeisbedeckungen an den Polen, die einfach nicht schmelzen wollen.

Aufgrund der vielen Gegensätze und Widersprüche häufen sich jetzt die Stimmen, die erklären, die Pariser Veranstaltung werde sowieso scheitern. Selbst der Chef des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung, Hans-Joachim Schellhuber, glaubt, daß es mit einer Wahrscheinlichkeit von 81 Prozent (!) keinen internationalen Klimavertrag geben wird, während die Chefin des UNFCCC, Cristiana Figueras, weiterhin Optimismus verbreitet. Mag sein. Doch wenn es, wie von Lord Monckton befürchtet, in Wirklichkeit gar nicht um einen Klimavertrag geht? Wäre nicht ein gescheitertes Klimaabkommen eine noch bessere Begründung für ein weltweites Umverteilungsprogramm und eine „Große Transformation“ in kleinen Schritten? Zumal dann auch die Ausgaben für die sich jetzt wieder wie zufällig häufenden Katastrophen-„Studien“ nicht umsonst zum Fenster hinausgeworfen worden wären? Denn es hat sich ja bereits gezeigt, daß sich mit dem Handel von Emissionszertifikaten und anderem mehr sehr viel Geld verdienen und sehr viel Schaden anrichten lassen kann, ohne das auf der Weltebene jede Frage abschließend geklärt worden wäre. Sicher nicht zufällig ist der eingangs genannte und bestens informierte Berufsklimaschützer Sir David King „Wissenschaftsberater“ der Schweizer Investmentbank UBS, während der frühere UNFCCC-Chef Yvo de Boer jahrelang für das Wirtschaftsberatungsunternehmen [KPMG](#) „arbeitete“ (um nur zwei Beispiele zu nennen). Zum anderen zeigen schon die Langfristigkeit der globalen umweltpolitischen Agenda mindestens seit dem Bericht des „Club of Rome“ (1972) und die Hartnäckigkeit der nationalen Umweltbürokratien, aus deren Budgets zudem bekanntermaßen der Löwenanteil des Etats der meisten großen Umweltverbände stammt, daß ein Scheitern der Pariser Klimakonferenz keineswegs zu einem globalen Politikwechsel führen würde.

Video nicht mehr verfügbar

Jetzt ist in Paris Halbzeit und sieht danach aus, als wäre die globale Klimaschutz-Lobby gut vorangekommen. So wurde verlautbart, die Industrieländer würden künftig mehr als 400 Millionen US-Dollar an eine so genannte „Klimaschutzversicherung“ einzahlen. Das wird jene Versicherungsgesellschaften freuen, die sich schon im Rahmen der ominösen deutschen „Zukunftscharta“ für ein solches Ziel eingesetzt hatten. Diese stellten am 5. Dezember gemeinsam mit Vertretern der G7-Staaten und grünen Lobby-Organisationen in Paris eine entsprechende „Risikoversicherung“ vor.

Zum anderen wurden anscheinend bereits jetzt Finanzausgaben in Höhe von 100 Milliarden Dollar an „arme Länder“ gemacht, nach dem Motto „viel hilft viel“. Begründet wird das als Kompensationsleistungen der Industriestaaten für Klimaschäden in den Entwicklungsländern. Nur bei den Zusagen für Emissionsminderungen scheint sich wenig zu bewegen. Denn jedes Mal, wenn Regierungen solche Ziele ankündigen, behaupten Öko-Organisationen und

Drittwelt-Regierungen, das alles reiche noch immer nicht aus. Zu diesem Poker gehört auch, daß jetzt nicht mehr nur von einem Zweigrad-Ziel die Rede ist, sondern Forderungen nach einem 1,5-Grad-Ziel immer lauter werden. Sämtliche Übereinkünfte sollen zudem nach wie vor von allerlei zu schaffenden „Mechanismen“ – ohne Zweifel global tätige Bürokratien als Vorstufe einer Weltregierung – überwacht und umgesetzt werden. So findet sich etwa im vorläufigen Artikel 7 des Pariser Vertragsentwurfes der verräterische Satz: „Institutionelle Vereinbarungen im Rahmen der Konvention müssen nach Bedarf erweitert werden, um den Ausbau der Fähigkeiten zu fördern, diese Vereinbarung umzusetzen“ („Institutional arrangements under the Convention shall be enhanced, as appropriate, in support of capacity-building for the implementation of this Agreement.“).

Daß es der internationalen Klimaschutz-Lobby ernst mit ihrem Plan eines Weltklimadiktats ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß selbst der alarmistische Klimaretter-Blog von „brutalen“ Verhandlungen und einer „strengen“ Verhandlungsführung durch den sozialistischen französischen Außenminister Laurent Fabius berichtet. Das konnten auch die sentimentalsten wie substanzlosen Auftritte solcher Hollywood-Größen wie Leonardo DiCaprio, Sean Penn oder Robert Redford in Paris nicht verdecken. Läuft tatsächlich alles nach Plan, werden sämtliche Staats- und Regierungschefs der Welt am 22. April 2016, dem „Tag der Erde“, während einer UN-Sitzung in New York ein sogenanntes „Paris Protokoll“ unterzeichnen.